



Berthold Huber
Erster Vorsitzender der IG Metall

Betriebs- und Personalräteempfang der SPD Saar
ATSV Saarbrücken, Saarbrücken
28. August 2008

Inhaltsverzeichnis

1. Einheitsgewerkschaften sind unabhängig
2. Politik der SPD (Agenda 2010 – ALG I – Rente mit 67 – Anforderungen)
3. Tarifpolitik

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

1. Einheitsgewerkschaften sind unabhängig

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lieber Heiko Maas, lieber Ottmar Schreiner!

Sozialdemokratie und Gewerkschaften haben eine lange Geschichte miteinander. Das gemeinsame Ziel seit den frühen Tagen der Arbeiterbewegung war und ist die Emanzipation der Arbeiterklasse. Oder weniger pathetisch: die Verbesserung ihrer materiellen Situation und ihrer Lebenschancen, die rechtliche Gleichstellung und das Recht auf kollektive Interessenvertretung. Seit dem Mannheimer Abkommen von 1906 haben SPD und Gewerkschaften sich eigenständig und unabhängig voneinander entwickelt: weder waren die Gewerkschaften der betriebliche Transmissionsriemen der Partei noch die SPD der parlamentarische Arm der Gewerkschaften. Und in dieser Aufstellung konnte in den vergangenen über 100 Jahren vieles auch erreicht werden.

Es war und ist richtig und wichtig, dass Gewerkschaften sich nach '45 als Einheitsgewerkschaften gegründet und im DGB zusammengeschlossen haben. Einheitsgewerkschaften überwinden sowohl berufsständische Barrieren als auch politische Spaltungen. Uns sind Wähler und Mitglieder aller demokratischen Parteien willkommen genauso wie uns Menschen jeden Glaubens und jeder Herkunft willkommen sind. Wir wollen als starke IG Metall die Interessen aller Beschäftigten vertreten. Wir wollen vor allem betriebs- und tarifpolitisch mehr Gerechtigkeit für die

Beschäftigten gestalten. Und wir wollen in der Politik darauf hinwirken, dass die Rahmenbedingungen dafür stimmen.

Deshalb sprechen wir mit allen Bundestagsfraktionen, mit den Fraktionen in den Landtagen und den demokratischen Parteien. Denn letztlich geht es darum, eine Mehrheit der Abgeordneten von unseren Themen und Inhalten zu überzeugen.

Aus Zustimmung zu Zielen parlamentarische Mehrheiten zu machen - das ist im Fünf-Parteien-System nicht einfacher geworden. Aber es nutzt nichts, die Partei „Die Linke“ zu ignorieren: Sie ist keine kurzfristige Erscheinung. CDU/CSU und FDP haben das sofort begriffen. Es sind kaum inhaltliche Übereinstimmungen, sondern es sind machstrategische Überlegungen, weshalb die bürgerlichen Parteien die Grünen als Koalitionspartner interessant finden. Und es sind dieselben machstrategischen Überlegungen, aus denen heraus Union und FDP eine mögliche Zusammenarbeit von SPD, Grünen und Die Linke bekämpfen und sie verteufeln.

Ich bin mir bewusst, dass hier im Saarland besondere parteipolitische und personelle Bedingungen herrschen – aber wann war das im Saarland je anders?

Und egal, wie man parteipolitisch im Detail denkt, eines ist sicher: ohne eine starke SPD gibt es keinen politischen Wechsel im Saarland.

2. Politik der SPD (2010 - Änderungen ALG1 – Rente 67 – Anforderungen)

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen,

Die SPD hat sich mit der Agenda 2010 viel zugemutet. Sie hat den Gewerkschaften viel zugemutet. Das wäre nicht das Hauptproblem. Die SPD hat aber ihren Wählerinnen und Wählern, sie hat den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern viel zugemutet. Für viele war das zuviel.

Reformanspruch war, die Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung zu verbessern. Der Staat, vor allem die Sozialsysteme, sollten modernisiert werden. Da waren einige gute Dinge dabei; zum Beispiel die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe.

Aber zum Rezept gehörten auch massive Einschnitte in die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

Die Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, die Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen, die Absenkung der Freibeträge hat die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zutiefst verunsichert. Aber diese Verunsicherung ist nicht nur eine Folge der Politik der letzten zehn Jahre. Diese Sichtweise wäre verkürzt.

Die ökonomischen Umbrüche, neue Unternehmensstrategien, eine veränderte Kultur in den Betrieben, die Shareholder-Orientierung und die Herausbildung eines neuen Finanzmarkkapitalismus – all' das hat die politische Landschaft und die sozialen Verhältnisse grundlegend verändert. Darauf hat

die Schröder-SPD oft mit Anpassung statt mit Gestaltung der Verhältnisse reagiert.

Aber: Sozialdemokratische Politik darf sich nicht anpassen. Sonst verliert sie ihr Profil und Wähler.

Sozialdemokratische Politik muss gestalten. Und zwar für die Mehrheit, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die saarländische Sozialdemokratie gehört in diesem Sinne zu den Gestaltern in der SPD.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

„Leistung gegen Teilhabe“: das war die Solidarformel der letzten 50 Jahre. „Leistung gegen Teilhabe“ bedeutete: Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen bringen höchste Leistung. Sie reagieren flexibel und oft mit Schwierigkeiten verbunden auf Veränderungen. Dafür werden sie durch Teilhabe an demokratischen Prozessen, an Bildung und am wirtschaftlichen Ertrag entlohnt. Und diese Teilhabe gründet auf Solidarität und Fairness: in der Gesellschaft und im Arbeitsleben. Dazu gehören die Mitbestimmung, die Betriebsverfassung und die Tarifautonomie. Dazu gehört auch, dass die Sozialversicherungen die Risiken Krankheit und Arbeitslosigkeit sowie die Alterssicherung solidarisch organisieren.

Und ich sage auch bei diesem Empfang: die Rente mit 67 ist nicht solidarisch, sondern sie folgt fiskalischem Denken. Rente mit 67

ist zutiefst ungerecht. Dies ist der falsche Weg – er muss korrigiert werden!

Dass Korrekturen sinnvoll und möglich sind, das zeigt das Beispiel ALG I. Die Verlängerung der möglichen Bezugszeiten für ältere Arbeitslose war richtig! Entscheidungen in der Praxis überprüfen und ggf. korrigieren, das ist pragmatische Politik nah an den Menschen.

Die Agenda 2010 ist nicht in Stein gemeißelt wie die 10 Gebote: Gerhard Schröder hat das so vor einiger Zeit formuliert.

Politik bedeutet: die Realitäten analysieren, die Machtstrukturen kennen und Veränderungen wollen – neue Ansätze wagen. Und sozialdemokratische Politik bedeutet: den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihren Familien das Leben leichter zu machen und nicht schwerer. Sie zu ermutigen und nicht zu entmutigen. Und sozialdemokratische Politik bedeutet vor allem: Zukunftschancen zu eröffnen.

Im Hamburger Programm der SPD finde ich dazu richtige Ansätze.

Diese finden sich aber noch zu wenig in der praktischen Politik: Sozialdemokratische Politik konzentriert sich zu stark auf die Konsolidierung der Haushalte in Bund und Ländern. Sozialpolitisch werden kaum neue Impulse gesetzt. Die Bildungspolitik ist der Kleinstaaterei preisgegeben. Und die Familienpolitik wird der CDU überlassen.

Sozialdemokratische Politik beschäftigt sich zuwenig mit der Frage, wie Wachstum beschleunigt, wie der nachhaltige Umbau der Wirtschaft organisiert, wie Qualifikationen aufgebaut oder wie Kooperation in den Betrieben und zwischen den Unternehmen gefördert werden kann.

Gerade das bevorstehende Wahljahr erfordert, Politik zu formulieren und umzusetzen, die den Wählerinnen und Wählern zeigt: Wir machen Politik für Euch. Und das kann für die Sozialdemokratie eigentlich nur heißen: Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die SPD muss eine Politik machen, die die soziale Spaltung überwinden will. Das ist Bedingung und nicht Hindernis für Innovation und Gerechtigkeit. Innovation und Gerechtigkeit sind die beiden Schlüsselbegriffe der Zukunft. Wer nur eines will, der vergibt viele Chancen.

Wie könnten Eckpunkte dafür aussehen?

Erstens: Der Arbeitsmarkt muss in Ordnung gebracht werden. Nehmt die Leiharbeit und andere ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse. Was steht dahinter? Die Belegschaften sollen gespalten und der Konkurrenzdruck verstärkt werden, um daraus noch mehr Profit zu schlagen.

Hier im Saarland sind die Wachstumsraten im produzierenden Gewerbe überdurchschnittlich; sie lagen 2007 bei einem Zuwachs

von 37,6 Prozent, aber der Anteil der Erwerbstätigen ist auf 28 Prozent gesunken. Der Anteil der prekär Beschäftigten ist überdurchschnittlich hoch. Diese Entwicklung muss korrigiert werden!

Nehmt die Mindestlohndebatte: Es ist doch überfällig, aus diesen Debatten endlich Gesetze zu machen! Ich fordere die Union auf: legt euch nicht weiter quer, sondern schafft endlich die Voraussetzungen für den Mindestlohn! Und das gilt vor allem für die Leiharbeit. Oder denkt an die Minijobs: Davon kann doch niemand menschwürdig leben! Und es muss das Ziel bleiben, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können!

Zweitens: Der Finanzmarktkapitalismus muss durch mehr Mitbestimmung besser reguliert werden. Ich habe schon öfter in diesem Zusammenhang auf das VW-Gesetz hingewiesen. Danach ist es nur mit einer Zweidrittel-Mehrheit möglich, Standorte zu verlagern oder neue Werke zu errichten. Das schützt nicht nur Belegschaften vor kurzfristigen Shareholder-Überlegungen eines Managements. Sondern damit entscheiden auch diejenigen mit, die am meisten an der nachhaltigen und langfristigen Entwicklung eines Unternehmens interessiert sind: die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir brauchen mehr Mitbestimmung in den Betrieben und nicht weniger!

In diesen Zusammenhang gehören auch die Managergehälter. Manager, deren Einkommen sich am kurzfristigen Profit orientiert, werden auch kurzfristigen und schnellen Profit erzielen wollen.

Wir fordern mehr Transparenz der Managereinkommen und mehr langfristig wirkende Erfolgsanreize zu Lasten kurzfristiger variabler Einkommensbestandteile. Das ist auch ein Gebot der Gerechtigkeit!

Drittens: Bildung ist die zentrale Ressource dieser Gesellschaft. Eine offensive Bildungs- und Qualifizierungspolitik würde Voraussetzungen für die Arbeits- und Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts schaffen. Aber heute sind die Bildungschancen für Kinder aus Arbeiterfamilien schlechter als vor 20 Jahren! Das ist die größte Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft.

Die wirtschaftliche Dynamik muss nachhaltig gefördert werden. Vor allem, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Wir unterstützen die Ideen und Konzepte für eine nachhaltige Industriepolitik. Umwelt- und Energiepolitik ist Industriepolitik. Wertschöpfung und damit der Wohlstand basieren auf industrieller Produktion.

Die Arbeitskammer Saarland hat ausgerechnet, dass durch das Ende des Bergbaus 2012 rund 5.400 Arbeitsplätze unmittelbar und noch einmal etwa das gleiche in der Zulieferindustrie wegfallen werden. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme der im Bergbau Beschäftigten – 290 Mio. – sind für den Binnenmarkt hier eminent wichtig. Die Aufträge an saarländische Zulieferer – ca. 100 Mio. nicht minder.

Das sind aber gewiss nicht die einzigen Gründe, das Auslaufen des Bergbaus zu überdenken. Kohle ist ein heimischer Energieträger. Mir leuchtet nicht ein, dass wir auf die Entwicklung

neuer Verfahren und Techniken zum Abbau der Kohle verzichten;
auf mögliche Innovationen im Maschinenbau verzichten, um
immer teurer werdendes Öl oder Kernenergie zu importieren.
Deshalb teile ich die Position von Heiko Maas: Kohle kann und
sollte neben den erneuerbaren Energien ein wichtiges Standbein
in der Energieversorgung bleiben- wenigstens auf mittlere Sicht.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Seit mehr als 100 Jahren geht es in der Arbeiterbewegung darum,
den Menschen ein Leben in Freiheit und Würde zu ermöglichen.

Wir verstehen Freiheit so, dass alle Menschen, das Recht auf ein
selbstbestimmtes Leben haben. Freiheit heißt auch, sich jederzeit
kritisch äußern zu können, auch wenn das den Herrschenden
missfallen mag. Und ohne die Freiheit, sich für seine Interessen
zusammenschließen zu können, gibt es keine Gewerkschaften.

Freiheit ist aber an Voraussetzungen gebunden. Sie erfordert
materielle Sicherheiten, Planbarkeit des Lebens, Zeitsouveränität.

Sie ist gebunden an Würde, Respekt und Anerkennung.

Würde, Respekt und Anerkennung gebührt jedem Menschen.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“ heißt es in Artikel 1
des Grundgesetzes. Dazu gehört, ein Leben in Würde zu
ermöglichen.

Ich wähle bewusst das Beispiel ALG II – im Volksmund Hartz IV:
Bestimmt kann man nachweisen, dass ein Mensch in der

Bundesrepublik von 351 Euro im Monat leben kann. Es gibt genügend Menschen, die das müssen.

Aber ein Leben in Würde ist so kaum möglich.

Oder denkt an den 58jährigen, der 40 Jahre lang gearbeitet hat, dessen Betrieb geschlossen wird und der keine Chance auf einen anderen Arbeitsplatz hat. Der muss sein fürs Alter Gesparte opfern und wird auf Sozialhilfe gesetzt. Was bedeutet das für den Menschen neben der materiellen Not? Seine ganze Lebensleistung, die Leistung von 40 Jahren Arbeit, wird entwertet. Das ist das Gegenteil von Anerkennung.

Nehmt die Altersteilzeit. Es geht um Menschen, die für harte, stressige Arbeit mit ihrer Gesundheit bezahlt haben. Sie können nicht mehr weitermachen und altersgerechte Arbeitsplätze stehen viel zu wenig zur Verfügung. Diese Menschen mit Rentenabzug zu bestrafen - das ist ungerecht und respektlos.

Oder mit anderen Worten: Wir kämpfen dafür, dass die Menschen die Verhältnisse beherrschen und nicht die Verhältnisse die Menschen.

Wir stehen damit in einer langen Tradition, in der Tradition des Kampfes um die sozialen und politischen Menschenrechte.

„Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ – das sind die Grundwerte, die im Hamburger Programm der SPD in den Mittelpunkt stehen.

Das unterstreicht die historisch starken Verbindungslinien zwischen den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie.

3. Tarifpolitik

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen,
in wenigen Wochen beginnen die Tarifverhandlungen für die Metall- und Elektroindustrie. In dieser Tarifrunde geht es auch um Gerechtigkeit.

Wir wollen den unbalancierten Aufschwung der letzten Jahre mehr ins Gleichgewicht zu bringen. Die Beschäftigten müssen stärker an den Ergebnissen ihrer Arbeit beteiligt werden!

„Unbalanciert“ meint, dass in den letzten 5 Jahren die Gewinne in der Metall- und Elektroindustrie um 220% gestiegen und die Einkommen der Beschäftigten nur um 16 % gewachsen sind.

Das Gefühl wachsender Ungerechtigkeit werden wir aufgreifen. Wir werden die Themen Gerechtigkeit und Anerkennung der Arbeitsleistung offensiv behandeln.

Ich bin felsenfest davon überzeugt: die Themen Gerechtigkeit und Anerkennung der Leistung der Beschäftigten sind mobilisierungsfähige Faktoren.

Die Arbeitgeber werden die labile Konjunkturlage aufgreifen, um einen niedrigen Abschluss durchzusetzen. Der Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, Ulrich Brocker, hat die

Arbeitgeberlinie vorgegeben: Ein zu hoher Tarifabschluss werde den sich abzeichnenden Abschwung verstärken und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen beschädigen.

Im Kern wird es wirtschaftspolitisch darum gehen, gerade bei einer abflauenden Weltkonjunktur den Binnenmarkt durch eine wachsende Nachfrage anzukurbeln. Damit können die Negativeffekte einer Abkühlung der Weltkonjunktur gemindert werden.

Tatsächlich sind aber die Nettoumsatzrenditen und Gewinne der Unternehmen anhaltend hoch, die Eigenkapitalrendite ist gestiegen. Dennoch werden wir uns in der öffentlichen Debatte mit dieser Behauptung auseinandersetzen müssen.

Vor allem diejenigen unter euch, die Betriebsräte in Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie sind, werden mir bestätigen: Die Kollegen und Kolleginnen sind bereit, für ihren gerechten Anteil am Erwirtschafteten zu kämpfen. Deshalb bin ich optimistisch, wenn ich an diese Tarifrunde denke.

Wir werden kämpfen, das ist sicher!

Und ich bitte euch um Eure Unterstützung!

Glückauf!